

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 1 / 2021

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einigen Tagen steht das Osterfest vor der Tür. Ein Osterfest von dem wir nach den Entbehrungen des letzten Jahres gehofft hatten, es würde nicht im Schatten der Corona-Pandemie stehen. Leider wird dieses Fest auch in diesem Jahr nicht so verlaufen, wie wir es erhofft und gewünscht hätten. Noch immer hat Covid-19 uns und unseren Lebensalltag fest im Griff.

Doch gerade das Osterfest sollte uns eines aufzeigen, dass es sich derzeit eines vor Augen zu führen gilt: Es gibt Hoffnung. An Ostern feiern wir die Wiederauferstehung von Jesus Christus. Es ist ein Fest, das uns allen Mut spenden soll, wenn die Gedanken im Schatten zu stehen drohen. So wie die Wiederkehr Jesus Christus den Christen weltweit Hoffnung macht, so sollten auch wir hoffnungsvoll in die nächsten Monate gehen.

Voraussetzung für die Überwindung der Pandemie ist jedoch ein innovatives Krisenmanagement, was viele Bürgerinnen und Bürger derzeit vermissen. Wir benötigen eine erfolgreiche Impf- und Teststrategie, um allen Branchen eine Öffnungsperspektive zu geben. Wir brauchen Mut, Vertrauen und klare sowie nachvollziehbare politische Entscheidungen. Daran gilt es weiter zu arbeiten.

Nach einem Jahr der Einschränkungen, der Entbehrungen und des schmerzlichen Verlustes brauchen die Menschen und die Wirtschaft wieder einen Silberstreif am Horizont, einen nicht mehr weit entfernten Hort der Hoffnung.

Haben wir Hoffnung und blicken wir mit Zuversicht auf die kommende Zeit, in der wir wieder Familienfeiern durchführen können, in Restaurants einkehren werden oder Kultur vor Ort erleben werden.

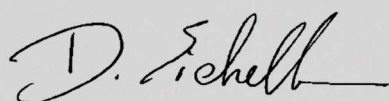
Ich persönlich blicke mit Optimismus in diese Zeit und bin in der guten Hoffnung, dass die kommenden Feste nach Ostern wieder in der für uns gewohnten und geliebten Art und Weise mit Familie und Freunden stattfinden werden. Darauf gilt es zu hoffen und hinzuarbeiten.

„Das Osterlicht ist der Morgenglanz nicht dieser, sondern einer neuen Erde.“

Gertrud von Le Fort (1876-1971), dt. Dichterin

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Osterfest! Bleiben Sie gesund!

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Liebätz: Gemeinde könnte wegen falscher Satzung vor Gericht landen

Im kleinen Dorf Liebätz wollen zwei Familien auf der grünen Wiese bauen: Eine neue Satzung sollte für Baurecht sorgen, doch nun könnte die Gemeinde deswegen vor Gericht landen.

Auch Danny Eichelbaum (CDU) ist gegen den drastischen Schritt vor Gericht. „Wir reden seit Wochen über die kommunale Familie“, sagte er. „Vor einer Klage sollten wir zunächst die Gespräche zwischen Kreis und Gemeinde abwarten.“ Denn die haben noch gar nicht stattgefunden. In den vergangenen Wochen platzten mehrere Termine kurzfristig. Auch die Bauherren erhielten auf ihre Voranfragen statt Gesprächseinladungen nur schriftliche Absagen.

Eichelbaum will nun ein positives Zeichen setzen. „Es geht um viel Geld, Zeit und darum, wie wir miteinander umgehen“, sagte er. „Familien müssen auch im ländlichen Raum die Möglichkeit bekommen, in ihren Heimatdörfern zu bauen.“

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Nuthe-Urstromtal/Streit-ums-Bauen-Landkreis-will-wegen-falscher-Satzung-in-Liebaetz-vor-Gericht?fbclid=IwAR3w03ZWspFB06-BXOisdp_hQVd7AvELS2fnHmbzFj4CEeKJ0qjgusUKJOY

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.03.2021

Kampagne "Gedeckter Tisch und gemachtes Bett"

Mit der Kampagne "Gedeckter Tisch und gemachtes Bett" machten Gastronomen in Teltow-Fläming heute auf ihre schwierige Situation aufmerksam. Mit Karsten Ulrich vom Gasthof "Zum Löwen" in Löwenbruch und Fredi Spahn von der Gaststätte "Alter Dorfkrug" in Groß Schulzendorf sprach ich heute über die Corona-Hilfsmaßnahmen und die Wiederöffnungsperspektive für Gastronomen und Hoteliers in unserer Region. Unsere Gaststätten und Hotels benötigen klare Regeln, wann und unter welchen Voraussetzungen sie wieder öffnen dürfen. Der Einsatz von Schnelltests kann hier hilfreich sein. Wir alle wollen sobald wie möglich wieder in unsere Gaststuben vor Ort einkehren. Gelobt wurde von den beiden Gastronomen übrigens die schnelle Auszahlung der Finanzhilfen durch die ILB und die Kurzarbeiterregelung.



Quelle: Pressemitteilung, 02.03.2021

Schulen in Teltow-Fläming erhalten vom Land finanzielle Mittel für die Digitalisierung

Alle 916 Schulen in Brandenburg erhalten zusätzliches Geld zur Beschaffung weiterer digitaler Endgeräte. „Damit soll der digitale Unterricht von zu Hause unterstützt werden, so der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum.

Mit dem Digitalpakt Schule hat der Bund 6,5 Mrd. Euro für das digitale Lernen zur Verfügung gestellt. Mit den Landesmitteln von 23 Millionen Euro wird der Aufbau der digitalen Infrastruktur der Schulen zusätzlich unterstützt.

Die Fördersumme richtet sich nach der Größe der Schule. Die Schulträger erhalten einen Festbetrag von 12.000 Euro für jede Schule, der sich je 200 Schülerinnen und Schüler um den gleichen Betrag erhöht. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben, der Eigenanteil mindestens zehn Prozent.

So können beispielsweise, die Grundschule „Am Pekenberg“ in Zülichendorf, die Grundschule Stülpe, die Goetheoberschule Trebbin, die Grundschule Blankensee, die Grundschule am Mellensee und die Anne-Frank-Grundschule maximal je 12.000 Euro Förderung erhalten. Für die Grundschule Trebbin und die Gebrüder-Grimm-Grundschule Ludwigsfelde stehen maximal je 24.000 Euro zur Verfügung, für die Theodor-Fontane-Grundschule Ludwigsfelde, die Kleeblatt-Grundschule Ludwigsfelde und die Gottlieb-Daimler-Schule Ludwigsfelde maximal je 36.000 Euro. Für Grund- und Oberschule Otfried-Preußler in Großbeeren sind es maximal 48.000 Euro.

Die Schulträger müssen die Mittel bis 26. Februar 2021 gegenüber dem Bildungsministerium beantragen. Den Zuwendungsbescheid erhalten sie spätestens am 17. März 2021.

„Ich freue mich über die zusätzlichen Möglichkeiten, die sich durch diese Geräte ergeben. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat gezeigt, dass unsere Schulen digital besser ausgestattet werden müssen. Jetzt gibt es gute Nachrichten für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die bisher nicht über Endgeräte für das digitale Lernen in den Schulen und von Zuhause aus verfügten.“

Mit den finanziellen Mitteln können die Schulträger im Kreis nun mobile Endgeräte beschaffen und verleihen. Damit soll der digitale Unterricht von zu Hause unterstützt werden.

Im Fokus steht die Chancengerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler, deren Familien ein geringeres Einkommen zur Verfügung steht. Mit den Investitionen werden wir den mit der Digitalstrategie eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen, damit unsere Schülerinnen und Schüler beste Bildung erhalten.“, so Danny Eichelbaum.

Quelle: Pressemitteilung, 11.02.2021

26.02.2021 Beratung zur Wohnbebauung in Thyrow



Radweg an der L 73: Erste Bäume sind gefällt

Der Bau eines neuen Radwegs entlang der Landesstraße 73 hat begonnen. Die ersten Arbeiten laufen zwischen Luckenwalde und Berkenbrück. Doch noch ist das gesamte Projekt nicht in trockenen Tüchern.

Bescheid soll spätestens Ende Juni kommen

Wie der Vorsitzende des Kreistags und Mitglied im Landtag, Danny Eichelbaum (CDU), der MAZ mitteilt, liegt der Antrag schon bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg vor. Er wird derzeit mit dem Landesbetrieb Straßenwesen und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung abgestimmt. „Die Entscheidung über die Fördermittelbewilligung soll noch im 1. Halbjahr des Jahres 2021 erfolgen“, erklärt Eichelbaum.

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: <https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Nuthe-Urstromtal/Baumfaellung-fuer-Radwegbau-an-L-73-zwischen-Luckenwalde-und-Berkenbrueck>

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.12.2021

Ludwigsfelde: Fördermittel für Fontanegrundschule

Die Außenanlagen der Ludwigsfelder Fontane-Grundschule werden neugestaltet. Dafür erhielt die Stadt nun Geld vom Land.

Ludwigsfelde. Die Stadt Ludwigsfelde hat vom Land 750.000 Euro für Stadtentwicklungsprojekte erhalten. Landesbauminister Guido Beermann (CDU) überreichte den Förderbescheid kurz vor Weihnachten. Das Geld kommt aus dem Förderprogramm „Lebendige Zentren“ und soll unter anderem für die Neugestaltung der Außenanlagen der Theodor-Fontane-Grundschule verwendet werden. „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft, weshalb wir hier immer wieder Schwerpunkte unserer Förderpolitik setzen“, sagte Beermann bei der Übergabe des Förderbescheids.

Stadtentwicklung der Neuen Mitte Ludwigsfelde seit 2009 gefördert

Seit 2009 habe die Stadt mit Hilfe diverser Projekte aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept eine neue Stadtmitte geschaffen, die Menschen aus Ludwigsfelde und der Umgebung anziehe. Diese Entwicklung wolle das Ministerium nun weiter unterstützen.

Lob kam auch vom lokalen CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Die Verschönerung der Außenanlagen sei „eine gute Investition zur Verschönerung einer Ludwigsfelder Bildungseinrichtung“, so Eichelbaum in einer Pressemitteilung.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.01.2021

So war das Corona-Jahr für die Feuerwehr Ludwigsfelde

Corona fordert alle – auch die Feuerwehr. In Ludwigsfelde hat sich zum Glück bisher kein Kamerad mit dem Virus infiziert. Trotzdem gibt es Einschnitte.

Für die Feuerwehr Ludwigsfelde geht ein ereignisreiches Jahr zu Ende. Wie viele andere waren die Kameraden durch die Corona-Krise vor Herausforderungen gestellt, an die so Anfang 2020 keiner denken konnte. Uwe Hagen, stellvertretender Stadtwehrführer, ist vor allem froh, dass sich niemand der Feuerwehrleute mit dem Virus infiziert hat. Lediglich einige Angehörige hätten sich angesteckt, weshalb einige Kameraden ausgefallen waren. Das habe man aber recht gut kompensieren können, sagt Hagen. „Man merkt dann schon, dass es enger wird, aber der Kelch ist zum Glück an uns vorbeigegangen.“

Einsatz unter Corona-Bedingungen nicht einfach

Trotzdem hat die Pandemie die Feuerwehr stark betroffen: Gerade im Frühjahr ist es zunächst schwierig gewesen, ausreichend Masken zu besorgen. Außerdem mussten die Einsatzteams neu geplant werden, damit die Feuerwehrleute möglichst immer mit den gleichen Kameraden zusammen im Auto sitzen. „Wir haben die Gruppen geteilt, sodass sich nur ein Team infiziert, sollte einer alle anstecken“, sagt Hagen.

Gravierende Einschnitte hat es außerdem in der Ausbildung gegeben, denn Schulungen musste die Feuerwehr zunächst ganz einstellen. „Wir haben den theoretischen Teil dann digital angeboten“, sagt Hagen. „So haben wir versucht, das zu kompensieren.“ Doch nicht nur, dass dadurch die Planungen der Ausbildungsinhalte ganz anders habe ausfallen müssen, auch die wichtigen Praxisanteile seien in diesem Jahr zu kurz gekommen, sagt der stellvertretende Stadtwehrführer.

Politiker bedanken sich bei Feuerwehr

Zum Dank für das Engagement der Freiwilligen Feuerwehr brachte der Kreistagsvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) am Montag zwei Präsentkörbe und eine 50-Euro-Spende für die Jugendfeuerwehr nach Ludwigsfelde. „Ich finde es wichtig, sich in der Corona-Zeit bei denen zu bedanken, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten“, sagte er bei der Übergabe. „Die Feuerwehr ist immer im Einsatz – ob mit oder ohne Corona.“ Eigentlich habe Eichelbaum auch bei der Polizei ein „kleines Danke“ abgeben wollen, doch wegen der Corona-Bestimmungen dort fiel dieser Termin aus.

Bürgermeister Andreas Igel (SPD) bedankte sich ebenfalls bei der Feuerwehr für ihren Einsatz. „Es ist schön, wenn das Engagement auch wahrgenommen wird“, sagte er. Für die Feuerwehr seien es schwierige Bedingungen gewesen, dazu sei zusätzlich der Stadtwehrführer in diesem Jahr erkrankt. „Das war eine schwere Zeit und wir können gar nicht genug loben, was hier ehrenamtlich passiert“, sagte Igel.

Quelle:

Märkische Allgemeine Zeitung, 23.12.2020



Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Teltow-Fläming: CDU nominiert Johannes Ferdinand als Landratskandidat

Am 26. September wird in Teltow-Fläming der Landratsposten neu besetzt. Die CDU hat nun ihren Kandidaten aufgestellt – Kreiskämmerer Johannes Ferdinand.

Die CDU hat Johannes Ferdinand als ihren Kandidaten für die Landratswahl im September nominiert. Der Kreisverband wählte ihn bei einem Parteitag am Samstag in Luckenwalde, wie der Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum mitgeteilt hat. Ferdinand ist derzeit Kreiskämmerer und Beigeordneter für Bildung, Kultur und Finanzen in der Kreisverwaltung. Er wurde 1961 geboren, wohnt in Ruhlsdorf und studierte Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Controlling und Rechnungswesen.



Johannes Ferdinand ist Kämmerer seit 2014

Seit 2014 ist er der Kämmerer des Landkreises, seit 2017 auch Beigeordneter. Er wolle sich vor allem für kürzere Genehmigungsverfahren, den Ausbau des ÖPNV, den Abbau von Bürokratie und für die Digitalisierung im Landkreis Teltow-Fläming einsetzen, heißt es in der Mitteilung der Partei. Johannes Ferdinand sei ein Verwaltungsfachmann sowie ein Haushalts- und Finanzexperte, der bereits in seinen bisherigen Funktionen in der Kreisverwaltung gezeigt habe, wie in schwierigen Zeiten Haushalte konsolidiert und gleichzeitig Investitionen der öffentlichen Hand vorgenommen werden können, so Eichelbaum. „Diese Erfahrungen benötigen wir jetzt besonders im weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie.“

Vor der CDU hatte bereits die SPD ihre Kandidatin für die Landratswahl benannt. Sie schickt die Kreisbeigeordnete für Bau, Umwelt und Ordnung Dietlind Biesterfeld ins Rennen. Der neue Landrat von Teltow-Fläming wird am 26. September gleichzeitig mit der Bundestagswahl bestimmt.

Quelle: Märkische Allgemeine online, 27.03.2021, <https://www.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Teltow-Flaeming-CDU-nominiert-Johannes-Ferdinand-als-Kandidat-fuer-Landratswahl-2021>

Kriminalität in Rangsdorf: Tatverdächtige zumeist erwachsen

Die Zahl der Straftaten in Rangsdorf steigt. Dennoch zeigen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik, dass in der Gemeinde weniger Straftaten als im Durchschnitt des Landes begangen werden.

„Immer wieder klagen Anwohner am Bahnhof Rangsdorf über Straftaten und Vandalismus. Der Vorsitzende des Kreistages und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) hatte sich wegen der Anwohnerklagen aus Rangsdorf mit mehreren Fragen an das Innenministerium gewandt. Der Antwort aus dem Innenministerium zufolge gab es erhebliche Steigerungen im Bereich der Sachbeschädigungen und der Rauschgiftkriminalität. Lag die Zahl der Sachbeschädigungen 2018 bei 53 Fällen, gab es im vergangenen Jahr 81 derartige Delikte. Rauschgiftdelikte stiegen im gleichen Zeitraum von 9 auf 22. Auch die Diebstähle aus Kiosken und Verkaufsräumen nahmen massiv zu. Sie stiegen von 34 auf 73 Delikte.“

Den vollständigen MAZ+-Artikel finden Sie unter: <https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Rangsdorf/Rangsdorf-Laut-Kriminalstatistik-sind-Tatverdaechtige-zumeist-erwachsen>

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.03.2021

Denn der Ton macht die Musik

Danny Eichelbaum (CDU) versucht sich diplomatischer auszudrücken. Er ist sowohl Vorsitzender der Jüterboger SVV als auch des Kreistags. Was den Kreishaushalt betreffe, so habe er „immer für eine moderate Kreismenge, die auch die Interessen der Kommunen berücksichtigt, gekämpft“.

Kreis hat eine Ausgleichsfunktion

Eichelbaum ist nicht der Meinung, dass dem Landkreis die Probleme der armen Kommunen egal seien und verweist auf dessen Ausgleichsfunktion.

Eichelbaum begrüßt es, „dass Arne Raue auf allen Ebenen dafür kämpft, dass sich die finanzielle Einnahmesituation der Stadt Jüterbog nicht weiter verschlechtert.“ Notwendig sei aber „ein intensiver Dialog und Konsens“ zwischen SVV und Stadtverwaltung, betont er. Er wünsche sich, dass persönliche Befindlichkeiten zurück- und die Sachpolitik in den Vordergrund gestellt würde. „Denn“, so Eichelbaums Wink mit dem Zaunpfahl, „der Ton macht die Musik.“

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: <https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Jueterbog/Jueterboger-Kreistagsmitglieder-reagieren-auf-Vorwuerfe-des-Buergermeisters>

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.03.2021

Danny Eichelbaum: Dank an die Verkäuferinnen

Luckenwalde. Am heutigen Montag jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. In Brandenburg steht die diesjährige Frauenwoche unter dem Motto: „Superheldinnen am Limit“. Für den CDU-Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Kreistages Teltow-Fläming, Danni Eichelbaum, gehören auch die Verkäuferinnen in der Corona-Krise zu den Superheldinnen. „Seit dem letzten Jahr arbeiten die Verkäuferinnen unermüdlich und mit der Gefahr, sich mit COVID19 anzustecken, in den Einkaufsmärkten der Region. Das hat unseren Dank und unsere Anerkennung verdient“, so Danny Eichelbaum. 14 Verkäuferinnen überraschte der CDU-Politiker am Montag bei ihrer Frühschicht im REWE-Markt in Luckenwalde und überreichte ihnen Blumen. „Die Kolleginnen waren sichtlich überrascht und freuten sich über diese Anerkennung. Gerade die Frauen bringen in dieser schwierigen Zeit viele Opfer, sie meistern tagtäglich ihren Job und haben oft zu Hause auch noch viele Verpflichtungen. Da tut ein Wort der Anerkennung schon gut“, so Marktleiterin Nadine Naehring.



Quelle: Blickpunkt Brandenburg online, 08.03.2021



16.03.2021 Übergabe der „Gelben Schleife“ im Einsatzführungsbereich 3 der Luftwaffe in Holzdorf

Corona treibt Home-Office-Nutzung im Kreishaus an

Vor einem halben Jahr war das noch unvorstellbar: Heute arbeiten täglich 150 bis 170 Beschäftigte der Kreisverwaltung Teltow-Fläming zeitgleich von zu Hause aus – Corona macht's möglich.

Neue Zahlen zeigen nun, wie die Pandemie die Arbeit in der Verwaltung verändert hat. Auf eine Anfrage des CDU-Politikers Danny Eichelbaum antwortet die Verwaltung, dass im Februar ständig zwischen 150 und 170 Mitarbeiter im Home-Office waren. Vor einem halben Jahr noch undenkbar. Zum Vergleich: Im Oktober befanden sich maximal 20 Mitarbeiter gleichzeitig im Home-Office.

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: <https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Luckenwalde/Corona-in-Teltow-Flaeming-Mehr-Mitarbeiter-der-Kreisverwaltung-im-Home-Office>

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.03.2021



12.03.2021 Besuch der Galerie Kunstflügel in Rangsdorf

Eichelbaum will Außen-Gastronomie noch im März öffnen

Politik trifft Gastronomie – Der CDU-Mann Eichelbaum trifft Gastwirt Fredi Spahn vom „Alten Dorfkrug“ in Groß Schulzendorf.

Besuch bekam er dabei von CDU-Politiker Danny Eichelbaum, Mitglied des Brandenburger Landtags und Kreistagsvorsitzender in Teltow-Fläming. Der wollte Gastronomen direkt vor Ort sprechen, „vor allem, um zuzuhören, Unterstützung zu signalisieren und auch Hoffnung zu geben“, wie er erklärt. Denn vielen Betrieben gehe langsam die Luft aus, so Eichelbaum, vier Monate seien sehr lang. Jetzt brauchen wir eine klare Zeitachse und mindestens in Berlin und Brandenburg einheitliche Öffnungsschritte für die Gastronomie.“ Die Wiedereröffnung der Gaststätten stehe mit auf der Agenda bei Beratungen im Landtag und bei der Landesregierung, so der hiesige CDU-Frontmann. Er erklärt, Ziel der CDU-Landtagsfraktion und von ihm sei es, die Außengastronomie noch im März zu öffnen. „Das wäre eine erste konkrete Maßnahme auf dem Weg zur Wiedereröffnung der Restaurants. Denn es ist besser, die Menschen treffen sich unter freiem Himmel und unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln in den Gaststätten als ohne Einhaltung der Regeln und ohne die Möglichkeit der Kontaktverfolgung in ihren Wohnungen.“



Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: https://m.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Dehoga-Kampagne-Eichelbaum-will-Aussen-Gastronomie-noch-im-Maerz-oeffnen?fbclid=IwAR023sih_Io2ssN3bQQnP4kiv097-CasStQh8LONhmT83I_ve7M2dA0AJmo

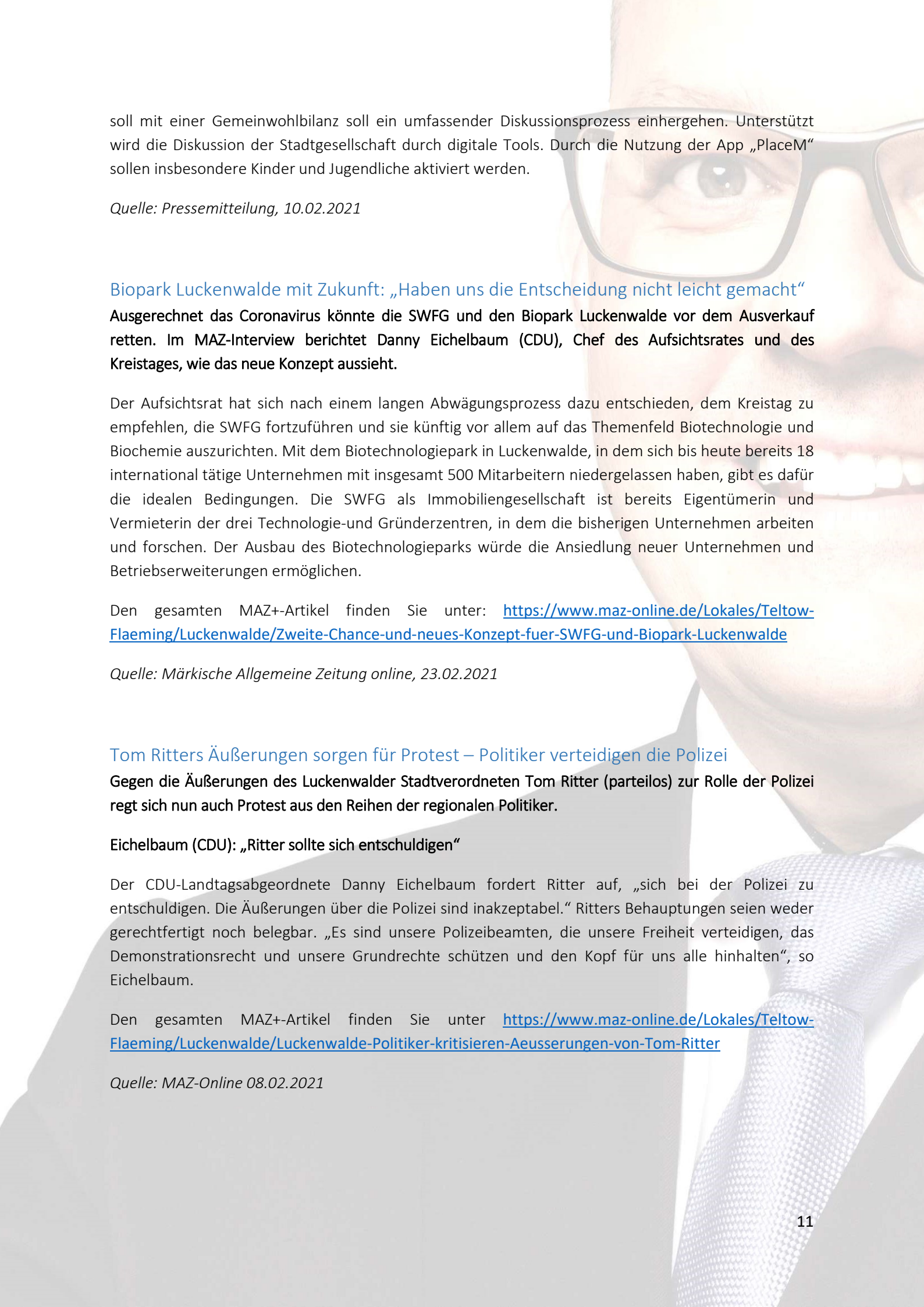
Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.03.2021

Projekt „Zukunft Zossen“ wurde als Modellvorhaben des Landes Brandenburg ausgewählt

Danny Eichelbaum: Das Modellvorhaben hat einen absoluten Mehrwert für Zossen, Teltow-Fläming und Brandenburg

Hierzu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum: „Die Stadt Zossen wurde mit dem Modellvorhaben „Zukunft Zossen“ bei der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung ausgewählt. Das Ministerium von Guido Beermann (CDU) fördert im Rahmen der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ dieses Modellvorhaben mit bis zu 100.000 Euro. Ein tolles Vorhaben, welches einen absoluten Mehrwert für Zossen, Teltow-Fläming und ganz Brandenburg hat. Denn neben dem Modellvorhaben organisiert das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung einen Wissenstransfer, um das Expertenwissen auch allen anderen Brandenburger Städten zugänglich zu machen.

Die Stadt Zossen will im Rahmen der Zukunftsthemen „moderne Quartiere“ und „lokale Mobilität“ sowie dem Querschnittsthema „Gemeinwohl“ eine Mobilitätsstrategie erarbeiten. Neben dem Blick auf die Gesamtstadt werden auch drei Wohnquartiere in den Fokus genommen. Hier sollen modellhaft zukunftsfähige Mobilitätskonzepte erprobt werden und klimaneutrale Gebäude entstehen. Ergänzend



soll mit einer Gemeinwohlbilanz soll ein umfassender Diskussionsprozess einhergehen. Unterstützt wird die Diskussion der Stadtgesellschaft durch digitale Tools. Durch die Nutzung der App „PlaceM“ sollen insbesondere Kinder und Jugendliche aktiviert werden.

Quelle: Pressemitteilung, 10.02.2021

Biopark Luckenwalde mit Zukunft: „Haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht“
Ausgerechnet das Coronavirus könnte die SWFG und den Biopark Luckenwalde vor dem Ausverkauf retten. Im MAZ-Interview berichtet Danny Eichelbaum (CDU), Chef des Aufsichtsrates und des Kreistages, wie das neue Konzept aussieht.

Der Aufsichtsrat hat sich nach einem langen Abwägungsprozess dazu entschieden, dem Kreistag zu empfehlen, die SWFG fortzuführen und sie künftig vor allem auf das Themenfeld Biotechnologie und Biochemie auszurichten. Mit dem Biotechnologiepark in Luckenwalde, in dem sich bis heute bereits 18 international tätige Unternehmen mit insgesamt 500 Mitarbeitern niedergelassen haben, gibt es dafür die idealen Bedingungen. Die SWFG als Immobiliengesellschaft ist bereits Eigentümerin und Vermieterin der drei Technologie- und Gründerzentren, in dem die bisherigen Unternehmen arbeiten und forschen. Der Ausbau des Biotechnologieparks würde die Ansiedlung neuer Unternehmen und Betriebserweiterungen ermöglichen.

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter: <https://www.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Luckenwalde/Zweite-Chance-und-neues-Konzept-fuer-SWFG-und-Biopark-Luckenwalde>

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung online, 23.02.2021

Tom Ritters Äußerungen sorgen für Protest – Politiker verteidigen die Polizei
Gegen die Äußerungen des Luckenwalder Stadtverordneten Tom Ritter (parteilos) zur Rolle der Polizei regt sich nun auch Protest aus den Reihen der regionalen Politiker.

Eichelbaum (CDU): „Ritter sollte sich entschuldigen“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum fordert Ritter auf, „sich bei der Polizei zu entschuldigen. Die Äußerungen über die Polizei sind inakzeptabel.“ Ritters Behauptungen seien weder gerechtfertigt noch belegbar. „Es sind unsere Polizeibeamten, die unsere Freiheit verteidigen, das Demonstrationsrecht und unsere Grundrechte schützen und den Kopf für uns alle hinhalten“, so Eichelbaum.

Den gesamten MAZ+-Artikel finden Sie unter <https://www.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Luckenwalde/Luckenwalde-Politiker-kritisieren-Aeusserungen-von-Tom-Ritter>

Quelle: MAZ-Online 08.02.2021

Danny Eichelbaum im Interview mit dem Magazin „Nachbarn - Wir in der Flughafenregion“

Herr Eichelbaum, der BER hat vor wenigen Monaten seinen Betrieb aufgenommen. Kann man sagen, dass sich die Entwicklung in Ihrem Kreis schon spürbar verändert hat?

„Ich bin froh, dass der Flughafen BER nun endlich eröffnet wurde. Das war ein steiniger Weg mit vielen Pannen. Der BER ist das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands und eine Chance für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Region. Nach dem Ende der Corona-Pandemie wird deutlich werden, welcher wirtschaftliche und infrastrukturelle Gewinn der neue Flughafen für uns sein wird. Bereits heute sind die positiven Effekte in Teltow-Fläming spürbar. In den letzten Jahren haben sich viele Unternehmen aufgrund der Flughafennähe in den Anrainer-Gemeinden angesiedelt, die Gewerbeflächen platzen aus allen Nähten, die Grundstückspreise und die Einwohnerzahlen steigen kontinuierlich. Es darf aber nicht nur um die wirtschaftlichen Vorteile gehen, wir müssen die Menschen, die im Flughafenumfeld leben, mitnehmen und ihre Interessen berücksichtigen. Dazu gehört die Realisierung von Schallschutzmaßnahmen, bessere ÖPNV-Verbindungen und die Schaffung einer guten sozialen Infrastruktur.“

Blieben wir beim Thema Kreisentwicklung. Der Siedlungsdruck aus Berlin ins Umland macht vor Kreisgrenzen nicht halt. Zuletzt war immer wieder von einer Entwicklung der 2. Reihe die Rede. Sind Mieten und Eigentum z. B. in Jüterbog überhaupt noch bezahlbar?

„Der Landkreis Teltow-Fläming ist ein begehrter Wohnstandort, das gilt für den berlinnahen Norden, als auch für den ländlich geprägten Süden des Landkreises. Begehrte Wohngebiete befinden sich beispielsweise mit Ludwigsfelde und Mahlow in der Nähe des Flughafens. Aber auch in der sogenannten 2. Reihe, beispielsweise in Trebbin oder Luckenwalde steigen die Grundstückspreise, das sehen wir auch im weiteren Metropolenraum, wie z. B. in Jüterbog, wo der Bodenrichtwert in Wohngebieten auch 100 Euro pro Quadratmeter beträgt.“

Im Ehrenamt engagieren Sie sich als Präsident des Ringerverbandes Brandenburg. Wie kam es dazu und was ist das Besondere daran?

„Luckenwalde ist in Deutschland eine Ringerhochburg mit langer Tradition. Ich besuchte oft die Kämpfe des 1. Luckenwalder SC in der 1. Bundesliga, die immer auch gesellschaftliche Höhepunkte in Teltow-Fläming waren. Nachdem der damalige Präsident des Ringerverbandes Brandenburg 2013 für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stand, wurde ich gefragt, ob ich für das Ehrenamt kandidieren würde. Und ich habe nicht lange gefackelt und Ja gesagt, weil ich es als eine herausfordernde und schöne Arbeit erachte, junge Menschen in ihrer sportlichen Entwicklung zu fördern und ihnen im Breiten- und Leistungssport optimale Bedingungen zu schaffen.“

Quelle: Nachbarn - Wir in der Flughafenregion 1-2021 / Februar 2021

Zossen lehnt Vergleich im Millionen-Streit gegen den Kreis ab

Überraschend deutlich wollen die Stadtverordneten von Zossen weiter gegen den Landkreis Teltow-Fläming klagen. Es geht um zweistellige Millionen-Beträge an Kreisumlage und den politischen Frieden im Kreis.

Eindeutig abgelehnt – im Streit um falsch berechnete Kreisumlage-Millionen votierten die Stadtverordneten von Zossen gegen den vom Verwaltungsgericht Potsdam vorgeschlagenen Vergleich mit dem Kreis Teltow-Fläming. Nach kontroverser Diskussion und dem erneuten und engagierten Auftritt des Potsdamer Anwalts Matthias Dombert fiel die Entscheidung nur Minuten vor 22 Uhr, dem Ende der Sitzung an diesem Tag, überraschend deutlich. In namentlicher Abstimmung plädierten 17 Stadtverordnete – unter ihnen Bürgermeisterin Wiebke Schwarzweller (FDP) – gegen die Annahme des Vergleichs; fünf wollten ihn, fünf enthielten sich der Stimme.

Andere Kommunen warten ebenfalls auf Entscheidung

Auf den Weg gebracht hatte die Klage Schwarzwellers Vorgängerin Michaela Schreiber (Plan B). Auf die Entscheidung warten inzwischen auch andere Kommunen im Kreis gespannt, sie wird als Präzedenzfall gesehen. Zwar hatte allein Zossen gegen die Kreisumlage-Bescheide 2015 und 2016 geklagt. Jedoch gegen spätere Bescheide hatten weitere Kommunen Widerspruch eingelegt.

Geklagt hatte die Stadt Zossen 2015, dass sie zu Unrecht 10,6 Millionen Euro Kreisumlage zahlen musste, der Betrag sei auf falscher Grundlage berechnet worden. Bei der Auseinandersetzung vor dem Verwaltungsgericht Potsdam schlug das Gericht im November 2020 einen Vergleich vor, mit dem die Stadt Zossen für die Jahre 2015 und 2016 – dafür hatte sie 18,2 Millionen Euro Kreisumlage gezahlt – knapp drei Millionen Euro sofort bekommt. Plus Zinsen und Gerichtskosten wären das nach Domberts Worten etwa 3,5 Millionen Euro. Geld, das die Kommune sofort bekommen hätte. Eindringlich hatte Dombert den Stadtverordneten erklärt, dass er den Vergleich um des kommunalen Friedens im Landkreis favorisiere.

Nun klagt Zossen weiter. Mit dem prominenten Kommunalrechtler an der Seite, der zu diesem Thema inzwischen bundesweit erfolgreich unterwegs ist, und mit der sicher scheinenden Hoffnung zu gewinnen: Das Gericht war inhaltlich Domberts Argumenten gefolgt, die Kreisumlage war nicht korrekt zustande gekommen. Von 2015 bis 2020 hat Zossen mehr als 60 Millionen Euro Kreisumlage gezahlt. Wann und ob tatsächlich mehr als die drei Vergleichs-Millionen in Zossen ankommen, ist ungewiss.

Landrätin bedauert Entscheidung

Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) will die Zossener Entscheidung am Donnerstag nicht kommentieren. Das stünde dem Landkreis nicht zu, erklärte sie gegenüber der MAZ. Der Kreistag hatte am 14. Dezember 2020 dem Vergleich zugestimmt – mit 31 Ja- und zwölf Nein-Stimmen. „Der Landkreis bedauert, dass eine vergleichsweise Einigung nicht zustande gekommen ist – im Sinne einer in die Zukunft gerichteten Lösung“, sagte Wehlan.

Eichelbaum: „Siegesgewiss kann sich keine Seite sein“

Danny Eichelbaum(CDU), Vorsitzender des Kreistags Teltow-Fläming und Landtagsmitglied, erklärt in einer ersten Reaktion: „Die Stadtverordnetenversammlung Zossen hat eine souveräne Entscheidung getroffen, die alle Beteiligten akzeptieren müssen.“ Dennoch bedauere er die Ablehnung des Vergleichsvorschlags. „Denn der vom Verwaltungsgericht Potsdam vorgeschlagene Vergleich hätte zu

einem Rechtsfrieden zwischen der Stadt Zossen und dem Landkreis Teltow-Fläming geführt und allen einen jahrelangen ungewissen Rechtsstreit erspart.“ Nun werde es keine politische Streitbeilegung mehr geben, sondern Richter würden entscheiden, ob die Erhebung der Kreisumlage vom Landkreis 2015 und 2016 rechtmäßig war. „Siegesgewiss kann sich dabei keine Seite sein“, so Eichelbaum.

Auch SPD-Kreistags- und -Landtagsmitglied Helmut Barthel bedauert die Entscheidung der Zosener Stadtverordneten, sie verlängere den Schwebезustand. „Damit gibt es weiterhin Rechtsunsicherheit für Zossen und für den Landkreis“, so Barthel. Der Richter beziehungsweise das Gericht habe mit dem Vergleichsvorschlag die Kreisumlage ja nicht generell in Frage gestellt, sondern deutlich gemacht, dass es einen gründlichen Abwägungsfehler gab. Barthel sagt: „Der führt aber eben nach Gerichtserkenntnis nicht zu einer Kreisumlage von null Euro für Zossen. Das suggeriert aber die Argumentation des Anwalts der Klägerin.“ Er vertraue da eher der Argumentation des Gerichtes, des Richters.

Barthel: Kreis braucht „juristische Expertise und Rückstellungen“

Für den Landkreis gebe es jetzt zwei Aufgaben, erklärt Barthel: „Wir müssen die Position des Landkreises durch exzellente juristische Expertise untersetzen und Rückstellungen im Haushalt einstellen, um für den Fall einer juristischen Niederlage ausreichend gewappnet zu sein.“ Passiere das, so der Sozialdemokrat, dürfte das Projekt Kreisentwicklungsbudget vorerst auf Eis liegen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.01.2021



28.01.2021 Begrüßung von Soldaten aus Wilhelmshaven und Eckernförde, die in den Pflegeheimen in Teltow-Fläming eingesetzt werden



26.01.2021 Besichtigung des Impfzentrums in Luckenwalde

Fern und zugleich nah - Virtueller Neujahrsempfang Kreis Paderborn 2021

Luckenwalde. Am ersten virtuellen Neujahrsempfang des Kreises Paderborn nahmen Landrätin Kornelia Wehlan und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum am 15. Januar 2021 statt. Mit diesem Veranstaltungsformat hatte der Partnerlandkreis eine Möglichkeit gefunden, trotz der Corona-Pandemie Begegnungen zu ermöglichen – wenn auch auf ganz andere Art und Weise als sonst.

Zwischen beiden Partnern finden sonst regelmäßig Erfahrungsaustausche und persönliche Treffen statt – kommunale Partnerschaft lebt von Begegnungen. Momentan ist es jedoch auf Grund der Corona-Pandemie nicht möglich, sich zu treffen und unbeschwert zu reisen. Umso wertvoller war das virtuelle Treffen, bei dem unter anderem die langjährige kommunale Vernetzung im Mittelpunkt stand.

Überraschungsgäste des Abends waren für die Zuschauer der Live-Übertragung Landrätin Kornelia Wehlan und der Vorsitzende des Kreistages, Danny Eichelbaum: Dass beide Kreise einander zugetan sind, zeigte die Live-Schalte: Landrätin Kornelia Wehlandankte für „die große Herzenswärme und vermittelte Nähe“, die „trotz“ des digitalen Formats zu spüren sei.

Auszug aus dem Grußwort der Landrätin:

„Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Gäste, zunächst möchten wir Ihnen ganz herzlich für die virtuelle Einladung nach Paderborn danken. Wir haben sie sehr gern angenommen und freuen uns, heute auch auf diesem ungewöhnlichen Weg Ihre Gäste sein zu dürfen.

Vor wenigen Wochen ist unsere Partnerschaft 30 Jahre alt geworden und damit älter als der Landkreis Teltow-Fläming selbst. Ich bin sehr froh darüber, dass wir Sie an unserer Seite hatten und haben und erinnere mich gern: Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollten Verwaltungskräfte aus Nordrhein-Westfalen in Brandenburg beim Aufbau der Kommunalverwaltungen helfen. In Folge dieser Zusammenarbeit beschloss der Kreistag Zossen am 22. Oktober 1990, mit dem Kreis Paderborn eine Partnerschaft einzugehen. Wenige Tage später, am 8. November 1990, stimmte auch der Paderborner Kreistag zu. Die Partnerschaft wurde auch nach der Kreisgebietsreform in Brandenburg 1993 fortgeführt und verbindet seither den Kreis Paderborn und den Landkreis Teltow-Fläming.

Auch dank Ihrer Hilfe hat sich unser Landkreis zu dem entwickelt, was er heute ist: eine der erfolgreichsten Regionen in den neuen Bundesländern, ein kleines „Wirtschaftswunderland“. Erst im vergangenen Jahr wurde Teltow-Fläming von der Oskar-Patzelt-Stiftung als „Premier-Kommune 2020“ ausgezeichnet. Das haben wir auch Ihnen zu verdanken.

Im Hintergrund sehen Sie eine Bildershow, die einige Impressionen der vergangenen Jahre zeigt. Viele Dinge habe ich persönlich miterlebt und denke sehr gern daran zurück.“

Danny Eichelbaum schloss sich an: „Die Begegnungen und die Zusammenarbeit unserer beiden Landkreise ist ein kostbares Gut. Alles findet längst nicht mehr nur auf der Ebene der Verwaltung oder der Politik statt, sondern es sind viele zwischenmenschliche Kontakte und Freundschaften entstanden, die über die Jahre hinweg andauern – wie könnte eine Partnerschaft besser gelebt werden?

Seit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages im Jahr 1990 gab es ungezählte Treffen von Beschäftigten der Behörden, von Vertretern der Wirtschaft, Mitgliedern von Vereinen oder Abgeordneten früherer und jetziger Parlamente. Das alles fand ungeachtet dessen statt, mit welchen

Problemen wirtschaftlicher oder sozialer Art jeder Landkreis selbst zu kämpfen hatte. Das ist in meinen Augen ein gutes Zeichen für die Nachhaltigkeit unserer Beziehungen.

Als Vorsitzender des Kreistags hoffe und wünsche ich, dass diese erfolgreiche und schöne Zusammenarbeit auch künftig fortgesetzt wird, auch wenn die Zeit gerade keine persönlichen Begegnungen zulässt. Dass man trotzdem miteinander in Kontakt bleiben kann, beweist dieser virtuelle Neujahrsempfang, für den ich Ihnen viel Erfolg wünsche.“

Die Corona-Pandemie bestimme auch in 2021 weiter das Leben, sagte Landrat Christoph Rüter in seinem Ausblick. In der kalten und dunklen Jahreszeit laufe man Gefahr, dass alles als „graue Suppe“ wahrzunehmen. „Dieser durchaus sehr menschlichen, und nicht extra westfälischen Einstellung“, sagte Rüter augenzwinkernd, möchte er sich entschieden entgegenstemmen. Ihm sei bewusst, dass dieses Jahr auch für Arbeitgeber, Einzelhandel, viele Berufsgruppen, Kita- und Schulkinder hart starte. Doch durch die gut angelaufenen Impfungen sei ein Ende in Sicht. „Lassen Sie uns positiv denken. Lassen Sie uns optimistischer auf dieses Jahr blicken“, warb Rüter.

Rüter zeigte sich optimistisch, dass es auch für die Bereiche Kultur und Tourismus ein „Wiedererwecken nach Corona“ gebe. Dazu passte auch das „I want you back“, von The Jackson Five, das die Teacherband der Kreismusikschule für den Neujahrsempfang vorab eingespielt hatte. Auch in diesem legendären Musikstück geht es auf einer anderen Ebene darum, den tränenbedeckten Boden hinter sich zu lassen und eine zweite Chance zu bekommen.

30 Jahre Kommunale Partnerschaft

Die Kreise Paderborn und Teltow-Fläming können auf eine 30-jährige Partnerschaft zurückblicken. Die Beziehung zum Kreis Paderborn ist älter als der Landkreis Teltow-Fläming selbst: Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollten Verwaltungskräfte aus Nordrhein-Westfalen in Brandenburg beim Aufbau der Kommunalverwaltungen helfen. In Folge der Zusammenarbeit beschloss der Kreistag Zossen am 22. Oktober 1990, mit dem Kreis Paderborn eine Partnerschaft einzugehen. Wenige Tage später, am 8. November 1990, stimmte auch der Paderborner Kreistag zu. Die Partnerschaft wurde auch nach der Kreisgebietsreform in Brandenburg 1993 fortgeführt und verbindet seither den Kreis Paderborn und den Landkreis Teltow-Fläming.

Hier können Sie den gesamten Neujahrsempfang des Kreises Paderborn noch einmal in Ruhe gucken:
www.youtu.be/N3NUfR3LWJA

Quelle: *Blickpunkt online*, 27.01.2021 <https://www.blickpunkt-brandenburg.de/nachrichten/teltow-flaeming/artikel/75966/Fern+und+zugleich+nah/>



15.01.2021 Digitale Übergabe
des Teltow-Fläming Preises

Saubere Luft für Busse in Teltow-Fläming

Die Technologie von Valeo kann mehr als 95 Prozent aller Viren beseitigen, einschließlich Coronaviren. Damit soll Busfahren im Öffentlichen Personennahverkehr sicherer gemacht werden.

Busfahrten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollen im Landkreis Teltow-Fläming sicherer werden. Die Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming (VTF) stellte am Dienstag den ersten Bus vor, der mit Geräten der Firma Valeo ausgestattet ist. Die Boxen sollen dafür sorgen, dass die Luft im Bus nahezu virenfrei wird. „Mithilfe von UV-Strahlen werden mehr als 95 Prozent aller Viren, einschließlich Coronaviren eliminiert“, erklärt Regional Manager Jürgen Hoffmann. Das von Valeo entwickelte System zur Luftsterilisierung in Bussen ist ohne Chemie, geräusch- und berührungslos.

Wie VTF-Chef Volker Fleischer betont, wären 250 000 Euro notwendig, um die Busse damit ausstatten zu können. Beim ersten Lockdown im Frühjahr sind die Fahrgastzahlen im ÖPNV auf zehn Prozent gesunken. „Bis zum Herbst konnte wieder auf 75 Prozent hochgefahren werden. Derzeit liegt das Fahrgastaufkommen bei 25 bis 30 Prozent“, so Fleischer. Seit dem ersten Lockdown hat VTF unter anderem neue Gelenkbusse angeschafft, Spukschutz installiert und zusätzliche Reinigungen und Desinfektionen vornehmen lassen, um die Infektionsgefahr einzudämmen. Volker Fleischer plädiert dafür, gerade jetzt das Vertrauen der Fahrgäste wieder zu erlangen.

Darauf hofft auch Landrätin Kornelia Wehlan (Linke). Mit dem 85x35 Zentimeter großen „UV Purifier“, dessen Wirksamkeit vom Institut für medizinischen Virologie der Uni-Klinik Frankfurt im Juli vergangenen Jahres bestätigt wurde, könnte dies gelingen. Die Hersteller verweisen darauf, dass durch die Boxen nicht nur Coronaviren, sondern ebenso Keime und Pilze der Kampf angesagt wird. Diese Anlagen könnten auch in Büros, Kindergärten oder Krankenhäuser gute Dienste leisten. Doch jetzt geht es darum, Busse der VTF damit auszustatten. „Bund und Land sind in der Coronapandemie gefordert, die elementaren Aufgaben anzugehen“, betont die Landrätin. „Wenn es gelingt über diesen Weg die Viren zu beherrschbar sind, wäre das eine gute Möglichkeit“, fügt sie hinzu.

Danny Eichelbaum (CDU) und Erik Stohn (SPD) waren bei der Präsentation des Vorzeigebusses dabei. „Mit dem Virenbeseitiger machen wir in Teltow-Fläming das Fahren mit den Bussen im ÖPNV noch sicherer“, so Eichelbaum. Das sei im Interesse der Schüler, der Berufspendler und der Busfahrer. Jetzt müsse alles getan werden, um so viele Busse, wie möglich, mit den Geräten auszustatten. „Hierfür sind auch neue finanzielle Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes erforderlich. Ich bin mir sicher, dass die Abgeordneten des Kreistages die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen werden“, so der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Kreistags Teltow-Fläming.

Auch die SPD-Kreistagsfraktion in Teltow-Fläming will den Einbau von „Luftreiniger-Boxen“ mit UV-Licht in Busse der VTF unterstützen. „In der derzeitigen Corona-Pandemie ist der ÖPNV ein Nadelöhr insbesondere für den Weg zu Schulöffnungen. In den Schulen werden tolle Hygiene-Konzepte umgesetzt. Es ist richtig auch den öffentlichen Nahverkehr verstärkt in den Blick zu nehmen“, so Stohn, direktgewählter Landtagsabgeordneter für Luckenwalde, Jüterbog, Dahme, Niedergörsdorf und Niederer Fläming.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.01.2021



19.01.2021 Vorstellung
der
Vitenneutralitätsgeräte
für die Busse der
Verkehrsgesellschaft
Teltow-Fläming

Teltow-Fläming wählt neuen Landrat am 26. September

In Teltow-Fläming stimmen die Wähler im Herbst nicht nur über den Bundestag ab. Im wirtschaftlich stärksten Landkreis Brandenburg stehen nach acht Jahren auch wieder Landratswahlen an.

Nicht nur Bundestagswahlen stehen 2021 an: In Teltow-Fläming wird in diesem Jahr auch der Landrat gewählt. Nun steht der Termin offiziell fest. Gemeinsam mit der Bundestagswahl am 26. September werden alle Wahlberechtigten im Landkreis abstimmen dürfen. Das hat das Ministerium des Innern und für Kommunales in der vergangenen Woche dem Vorsitzenden des Kreistags von Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum (CDU) bestätigt. Damit ist auch klar, wann eine mögliche Stichwahl stattfinden würde. Denn aller Voraussicht nach werden sich mehr als zwei Bewerber zur Wahl stellen. „Der Termin für die Stichwahl ist demnach der 10. Oktober“, erklärt Eichelbaum gegenüber MAZ. Ein Landrat wird für acht Jahre gewählt.

Vorschläge bis Juli möglich

Bis Ende Juli können Parteien, politische Vereinigungen und Einzelbewerber nun Wahlvorschläge einreichen. Bisher hat nur die SPD ihre Kandidaten für den Posten der Landrätin bereits bestimmt: Dietlind Biesterfeld ist derzeit als Beigeordnete und Dezernentin im Kreishaus tätig.

Die amtierende Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) war im April 2013 erstmals in diese Position gewählt worden – damals nach einer denkbar knappen Stichwahl. Der Kreistag hatte das entschieden, weil die Wahlbeteiligung unter den Bürgern zu niedrig war und kein Kandidat auf Anhieb das Quorum von 15 Prozent aller Wählerstimmen erreichte.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.01.2021

Digital in Verbindung

Landrätin und Kreistagsvorsitzender halten Kontakt zum Partnerkreis Gniezno

Kommunale Partnerschaft lebt von Begegnungen. Momentan ist es jedoch nicht möglich über die Landesgrenzen hinaus unbeschwert zu reisen und sich persönlich zu treffen. Deshalb hat der Landkreis Teltow-Fläming ein virtuelles Treffen initiiert, um sich über die aktuelle Lage in beiden Landkreisen auszutauschen. Die kommunalen Partner waren von der Idee begeistert. Auf polnischer Seite nahmen Landrat Piotr Gruszczynski und der Kreistagsvorsitzende Dariusz Pilak an der Videokonferenz teil. Auch der Koordinator kommunale Partnerschaften Radoslaw Gaca begleitete das virtuelle Treffen. Zwar stand das Thema Corona-Pandemie im Vordergrund, aber die Partner tauschten sich auch über die bevorstehenden Projekte und anstehenden Investitionen in beiden Kreisen aus. Die Verwaltungsleitung aus Gniezno konnte von einer bevorstehenden Eröffnung einer psychotherapeutischen Einrichtung berichten. Landrat Piotr Gruszczynski verwies auf die große Bedeutung von solchen Hilfseinrichtungen gerade in dieser Zeit, in der es vermehrt zu Depressionen wegen Einsamkeit und häuslicher Gewalt in der Bevölkerung kommt.

Landrätin Kornelia Wehlan betonte:

„Der Zusammenhalt der Bevölkerung in beiden Kreisen ist von großer Bedeutung, um die Krise zu überstehen.“ In beiden Kreisverwaltungen wisse man, wie sich die Menschen nach Kontakten und Begegnung sehnen, sei es der Spielenachmittag in der Senioreneinrichtung, eine Veranstaltung oder das unbeschwerte Treffen unter Verwandten und Bekannten.

Danny Eichelbaum betonte, dass es sich um eine schwierige Situation für alle handelte - die Intensivbettenzahl werde zunehmend knapper, die Pflegekräfte seien am Limit, die Wirtschaft leide und die Infektionszahlen seien anhaltend hoch. „Die Eindämmungsmaßnahmen sind essenziell, um zu einem normalen Leben zurückkehren zu können“, so der Kreistagsvorsitzende.

Die deutsche Seite informierte zudem über die Auswirkungen der Eröffnung des Flughafens BER auf den Wirtschaftsraum Teltow-Fläming. Auch der Verkehrslandeplatz Schönhagen blieb nicht unerwähnt, über den auch Schutzausrüstung in den Landkreis Teltow-Fläming geliefert wurde.

Die Partner sprachen zudem über Arbeitsbedingungen in ihren Verwaltungen und was getan wird, um Kontakte zu vermeiden. Landrätin Kornelia Wehlan berichtete über die Möglichkeit, im Home-Office für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming zu arbeiten. In beiden Verwaltungen können sich Beschäftigte über Lohnerhöhungen, wie im Ergebnis von Tarifverhandlungen, freuen. Arbeitgespräche finden in beiden Kreisen zunehmend virtuell statt. Landrätin Kornelia Wehlan berichtete über bevorstehende Landratswahlen im Jahr 2021 und über die jüngst in Empfang genommene Auszeichnung zur Premier-Kommune durch die Oskar-Patzelt- Stiftung für den Landkreis Teltow-Fläming. Einig waren sich beide Seiten, dass nunmehr auch digitale Wege gegangen werden müssen, um an der Partnerschaft und beständigen Zusammenarbeit festzuhalten. Beide Verwaltungsleitungen freuen sich auf ein Wiedersehen, sobald die Infektionszahlen zurückgehen und ein Reisen in das jeweils andere Land wieder bedingungslos möglich ist.

Zum Abschluss verwies Danny Eichelbaum auf den 30. Jahrestag des Nachbarschaftsvertrags zwischen Deutschland und Polen am 17. Juni 2021. Die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Kreis Gniezno bekräftige das gute Verhältnis zwischen beiden Staaten und erfülle es mit Leben.

Quelle: Wochenspiegel Jüterbog, Luckenwalde, Treuenbrietzen vom 06.01.2021

Brunnen sollen den Körbaer Teich retten

Ausgetrocknet. Zwischen Oktober und Ostern soll Wasser in den Körbaer Teich gefüllt werden. Ziel ist es, das beliebte Gewässer zu erhalten. Erste Versuche stimmen die Beteiligten zuversichtlich.

Der Körbaer Teich hat eine Zukunft. Das etwa 26 Hektar große Gewässer soll mithilfe von Brunnen wieder mit Wasser gefüllt werden. Erste Pumpversuche waren erfolgreich. Dieser Weg soll jetzt fortgeführt werden. Andreas Polz ist zuversichtlich. „Erste Erfolge sind sichtbar.“ Der Amtsdirektor des Amtes Schlieben informierte die Stadtverordneten in Dahme während deren Sitzung kürzlich über den aktuellen Stand der Rettungsmaßnahme für den Körbaer Teich. In seinem Amt liegt der größte Teil des Gewässers. Und der war für Generationen eine Natur- und Erholungs-oase.

Doch seit Jahren droht der Teich komplett auszutrocknen. „Auf der Dahmer Seite“, sagt Andreas Polz, „bekommt man gerade noch nasse Füße“. Dabei dürfe es nicht bleiben.

Pumpen von Oktober bis Ostern

Der Teich soll mithilfe von Brunnen solange gefüllt werden, bis sich der Wasserstand stabilisiert. Geplant ist laut Polz, dass zwischen Oktober und Ostern gepumpt wird. Dafür sollen alte Brunnen aktiviert und neue gebohrt werden. Eine dieser Brunnenanlagen (Baujahr 1983) befindet sich in der Gemarkung Schöna (Stadt Dahme). Sie diente bis 2009 der Wasserversorgung des Ortsteils Schöna-Kolpien. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft (AG) „Körbaer Teich und Niederungslandschaft am Schweinitzer Fließ“ wurde die Anlage in diesem Jahr wieder in Betrieb genommen. Ziel war es zu prüfen, ob der Brunnen für eine Wasserentnahme für den Körbaer Teich geeignet ist. Das Umweltamt des Landkreises Teltow-Fläming hält das für machbar. Die Behörde würde eine wasserrechtliche Erlaubnis neu erteilen, wenn sich die Stadt Dahme zur Wiederbefüllung des Teiches bekennt und damit Rechte, Pflichten und finanzielle Belastungen übernimmt. Darüber hat die Amtsverwaltung die Stadtverordneten informiert. Diese haben jetzt die Übernahme der Brunnenanlage in Schöna sowie die Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis für eine Grundwasserentnahme mit großer Mehrheit beschlossen.

Der Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband (HWAZ) als Eigentümer der Brunnenanlage habe angekündigt, diese kostenlos an die Stadt Dahme zu übergeben. Das Wasser aus dem Brunnen soll über den Schönaer Graben in den Körbaer Teich geführt werden. „Der Brunnen in Schöna ist nur ein kleiner Baustein der gesamten Maßnahmen“, sagt Andreas Polz. Ihm zufolge soll der Teich über mehrere Brunnen im Umfeld gespeist werden: „Das Befüllen des Teiches mittels Pumpen kann und soll allerdings keine Dauerlösung, sondern nur eine Notfallreserve sein.“

Ehrenamtler unterstützen

Die Bürgerinitiative „Rettet den Körbaer Teich“ unterstützt die beteiligten Kommunen bei der Rettung des Gewässers im Grenzgebiet zwischen den Ämtern Schlieben und Dahme. „Dieses ehrenamtliche Engagement sowie die Spendenbereitschaft für das Projekt sind nicht selbstverständlich und deshalb nicht hoch genug zu würdigen“, sagt David Kaluza (parteilos), Amtsdirektor des Amtes Dahme. Die Schilfmahd ist eine der wichtigen Aufgaben, um den Teich zu retten. Andreas Polz nennt den Grund: „Die Verdunstung des Wassers über das Schilf ist enorm.“ Zudem kommt die zunehmende Trockenheit hinzu. Die etwa 13 Hektar große Schilffläche wurde jetzt während mehrerer Arbeitseinsätze verringert. „Ziel ist es“, sagt der Schliebener Amtsdirektor, „dass dort, wo das Schilf gemäht wurde, dauerhaft Wasser steht, um das Wachstum des Schilfs zu unterbinden und damit den Wasserhaushalt des

Teiches zu stabilisieren. Es wäre schade um die wunderschöne Landschaft. Wir sollten das Kleinod Körbaer Teich unbedingt erhalten.“ Landesumweltamt hilft nicht

Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) hat Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne/B90) gebeten, Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung des Vorhabens zur Wasserstandsanhhebung des Körbaer Teiches zu prüfen. Er verwies darauf, dass schon das Testpumpen mit Spendengeldern gesichert wurde. Eine Finanzhilfe in Höhe von 25000 Euro habe das Landesumweltamt abgelehnt. Danny Eichelbaum erinnerte den Minister daran, dass die Landesregierung den Akteuren vor Ort schon vor zwei Jahren Hilfe zugesagt habe. Dem Umweltminister zufolge wurden für den Körbaer Teich ab 2003 schon Fördermittel in Höhe von 342 000 Euro bewilligt. Dafür sei etwa der Ersatzneubau des Verteilerbauwerks „Freilebener Graben“ fertiggestellt worden. Das Pumpvorhaben finanziell zu unterstützen, dies sei aus Mitteln der Wasserwirtschaft nicht möglich. Das Ministerium sei jedoch im Kontakt mit dem zuständigen Gewässerunterhaltungsverband „Kremitz-Neugraben“, um die Umsetzungsmöglichkeiten der bereits erarbeiteten technischen Maßnahmen zu überprüfen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 21.12.2020



11.01.2021 Vor-Ort Termin mit den
Amsdirektoren von Dahme und
Schlieben zur Rettung des Körbaer
Teiches

[Luckenwalde erhält Fördermittel in Höhe von 6 Mio. € für wichtige Stadtbauprojekte](#)

Hierzu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Gute Nachrichten für unsere Kreisstadt Luckenwalde am Ende des Jahres: Brandenburgs Bauminister Guido Beermann (CDU) überreichte heute der Stadt einen Förderbescheid in Höhe von knapp 6 Mio.Euro für den Umbau der ehemaligen Steinschule in eine Gesundheitsakademie, für den Erweiterungsbau der Kita: Sunshine, der Aufwertung des Marktes, für die Sanierung der Wohngebiete: Am Anger, Auf dem Sande, Petrikirchplatz, den 2.Bauabschnitt des Rathauses und das Quartier: Dahmer Straße. Wichtige Stadtbauprojekte können damit in Luckenwalde realisiert werden.

Quelle: Pressemitteilung, 22.12.2020

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Kabinett stimmt für Arbeitsgerichtsreform

Ab 2023 soll es im Land nur noch vier Gerichtsstandorte geben. Gerichtstage auch in Perleberg geplant

Brandenburgs Kabinett hat am Dienstag der von Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) auf den Weggebrachten Reform der Arbeitsgerichte zugestimmt. Damit wird nun der Landtag über die Reformpläne beraten müssen. Wie Hoffmann am Dienstag vor Journalisten sagte, sollen die Standorte ein Potsdam und Eberswalde sowie die Außenkammer des Arbeitsgerichts Cottbus in Senftenberg im Jahr 2023 geschlossen werden. Stattdessen soll es in Eberswalde und Senftenberg sogenannte Gerichtstage geben, zu denen Richter von den verbliebenen Standorten in Neuruppin, Brandenburg(Havel), Cottbus und Frankfurt (Oder) anreisen. Zudem soll es in Eberswalde, Senftenberg und Potsdam weiterhin Rechtsantragsstellen für die Arbeitsgerichte geben. „Für die Bürger und die Verfahrensbeteiligten wird sich dort vor Ort nichts ändern“, sagte Hoffmann. Zusätzliche Gerichtstage soll es künftig in Perleberg und Luckenwalde geben. „Das ist der goldene Weg, um für die Zukunft als Justiz die Funktionsfähigkeit sicherzustellen.“ In Thüringen sei eine entsprechende Strukturreform schon 2014 erfolgreich abgeschlossen worden.

Auf Nachfrage dieser Zeitung verwies Hoffmann erneut auf die geringe Größe des Arbeitsgerichts Eberswalde: Dort gebe es derzeit weniger als zwei Richterstellen und nur eine Rechtspflegerstelle. Damit gebe es schon bei Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen Probleme. In der Landespolitik stoßen die Pläne Hoffmanns jedoch auf teils harsche Kritik. So warf die rechtspolitische Sprecherin der Linken, Marlen Block, der Ministerin „mangelnde gesellschaftliche und politische Weitsicht“ vor. Sie lege eine Axt an die Arbeitnehmerrechte. Block verwies darauf, dass mittlerweile zwei Online-Petitionen gegen die Schließung der Gerichtsstandorte liefen und der Beamtenbund mit einer Klage dagegen drohe. „Wir fordern den Erhalt aller Gerichtsstandorte im Land Brandenburg“, sagte Block. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi warf der Ministerin am Dienstag „Gutsherrenart“ vor. Angebote des DG Bund Verdi zur Neuaufstellung der Arbeitsgerichte im Land habe die Ministerin „in den Wind geschlagen“, sagte die stellvertretende Landesbezirksleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg, Andrea Kühnemann und erklärte: „Ich verstehe nicht, was die Justizministerin umtreibt.“ Wer Gerichte schließen will, müsse die Beteiligten mitnehmen, „sonst wird das nichts“, so die Gewerkschaftsfrau.

Man biete weiterhin Kooperation und Gestaltungswillen an. „Wer schließen will, darf die Leistungsfähigkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit nicht verschlechtern, sondern muss sie verbessern“, sagte die zuständige Gewerkschaftssekretärin Katja Boll. „So ist beispielsweise die Idee des Justizministeriums, statt eigenständiger Gerichte Gerichtstage einzuführen, schon Mitte der 1990er-Jahre gescheitert, weil sie zu ineffizient und zu teuer war.“ SPD-Fraktionschef Erik Stohn kündigte an, dass es zu den Arbeitsgerichten eine Anhörung im Landtag geben werde. Es sei üblich, dass Parlamentarier Gesetzesentwürfe im parlamentarischen Verfahren noch verändern würden. „Von den Vorwürfen der Linken bin ich irritiert“, sagte Stohn. „Es ist hinreichend bekannt, dass drei Justizminister der Linken jeweils Pläne für Reformvorhaben der Arbeitsgerichtsbarkeit in der Schublade gehabt haben.“ Mit der aktuellen Reform wolle man in die Fläche gehen und auf die erheblichen Rückgänge in den Fallzahlen bei den Arbeitsgerichten reagieren. Der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum nannte die Reform einen „wichtigen Schritt zu einer zukunftsfähigen Justiz“. Man

wolle „mit klugen Konzepten die vorhandenen Kapazitäten dort bündeln, wo sie gebraucht werden“, sagte Eichelbaum

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 10.3.2021

Zum Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Arbeitsgerichtsbezirke

Anlässlich des heutigen Kabinettsbeschlusses zum Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Arbeitsgerichtsbezirke erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Danny Eichelbaum:

„Die Zustimmung des Kabinetts zum Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Arbeitsgerichte ist ein wichtiger Schritt zu einer zukunftsfähigen Justiz. Demografie und Digitalisierung, aber auch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass wir heute nicht mehr die Eingangszahlen in der Arbeitsgerichtsbarkeit verzeichnen. Insgesamt haben sich die Verfahrenseingänge in der gesamten Arbeitsgerichtsbarkeit seit 2003 halbiert. Deshalb ist die von Justizministerin Susanne Hoffmann vorgelegte Arbeitsgerichtsreform notwendig.

Bürgernähe ist bei der Reform das A und O. Diese wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf auch weiterhin gewährleistet. Denn: Schnelle Gerichtsverfahren und die Arbeitsfähigkeit der Gerichte sind nicht von der Anzahl der Standorte abhängig, sondern von einer guten Personalausstattung. Dafür werden wir auch in Zukunft sorgen. Wir wollen mit klugen Konzepten die vorhandenen Kapazitäten dort bündeln, wo sie gebraucht werden. Auch wenn es zukünftig weniger Gerichtsstandorte für die Arbeitsgerichtsbarkeit geben wird, soll es keine Stellenstreichungen aufgrund der Umstrukturierung geben. Vor allem in arbeitsrechtlichen Verfahren braucht es für die Verfahrensbeteiligten eine gute Anbindung und Erreichbarkeit von Gerichtsstandorten. Deshalb soll es Arbeitsgerichtstage in mehreren Städten des Landes geben. Dabei setzen wir insbesondere auf berlinferne Standorte und haben somit das ganze Land in den Blick.“

Quelle: Pressemitteilung, 09.03.2021

Interview mit dem Ringsport Magazin

Wie ist der aktuelle Stand im Landesverband unter den Bedingungen des Lockdowns?

Der fortandauernde Lockdown stellt für unsere Sportlerinnen und Sportler, die keine Abschlussabsolventen an den Sportschulen sind oder zu den Bundes-oder Landeskadern gehören, eine große Belastung dar. Den meisten Athleten verbleibt nur das individuelle Ausdauer- und Krafttraining. Für viele Ringerinnen und Ringer ist seit Monaten kein Training möglich, das zehrt an den Nerven. Es ist uns jedoch in den Gesprächen mit der Brandenburger Landesregierung gelungen, den Trainingsbetrieb für unsere Kaderathletinnen und Kaderathleten am Bundesstützpunkt in Frankfurt/Oder und an unseren Landesstützpunkten weiterhin stattfinden zu lassen. Das ist von elementarer Bedeutung, damit unsere Spitzensportler nicht den Anschluss an die Weltspitze verlieren.

Der Vorstand des Deutschen Ringer- Bundesstellte kürzlich die Terminverschiebungen der Deutschen Meisterschaften vor, damit sollten im Vorfeld der Titelkämpfe auch regionale Meisterschaften möglich werden, wie sieht Euer Landesverband die Terminierungen?

Zunächst möchte ich hervorheben, dass unsere Brandenburger Ringerinnen und Ringer heiß auf das Wettkampfsjahr 2021 sind, sie wollen in den Turnieren zeigen, wie gut sie sind. Und als Brandenburger hoffen wir natürlich, dass die Deutschen Meisterschaften im Freistil der Männer und Frauen in diesem Jahr noch in Frankfurt/Oder stattfinden können, coronabedingt musste die Meisterschaft ja im letzten Jahr ausfallen. Wichtig für unsere LO ist es, dass unsere Sportlerinnen und Sportler in diesem Jahr wieder an regionalen und nationalen Meisterschaften teilnehmen können. Ab wann das wieder möglich ist, kann man aus heutiger Sicht noch nicht genau sagen, das hängt entscheidend von der Pandemieentwicklung in Deutschland ab. Ich rechne aber damit, dass im 2. Halbjahr wieder Wettkämpfe durchgeführt werden können, das stellt dann aber die austragenden Vereine vor riesige Herausforderungen, da die Planungssicherheit nicht gegeben ist.

Wie siehst du die Perspektive für eure Ringer, wie ist die LO aufgestellt, wenn es hoffentlich bald wieder mit dem Ringen beginnt?

Alle hoffen natürlich, dass es bald wieder mit dem Ringen losgehen kann. Bis dahin nutzen wir die Zeit, um gemeinsam mit dem DRB und den Trainern neue Trainingspläne zu entwickeln, um unsere Sportlerinnen und Sportler bestmöglich auf die nächsten nationalen und internationalen Wettkämpfe vorzubereiten. Dabei verstärkt uns seit diesem Jahr im griechisch-römischen Ringkampfbereich Artur Dzigasov als Trainer in Frankfurt/Oder. Stolz und glücklich sind wir auch darüber, dass mit dem Potsdamer Francis Weinhold der DRB eine sehr gute Entscheidung für die Besetzung der Stelle des Leiters des Bundesstützpunktes Frankfurt/Oder getroffen hat. Er kennt die Strukturen im DRB und im RVB, hat ein kollegiales und gutes Verhältnis zu den Sportlern und Trainern und ist eine Bereicherung für den hauptamtlichen Sportbereich im Ringen. Gemeinsam wollen wir wieder als Team Brandenburg in diesem Jahr *sportliche Erfolge erringen*.

Quelle: Interview mit dem Ringsport Magazin, 05.03.2021

Brandenburg: CDU-Fraktion bestätigt Jan Redmann an Spitze

Potsdam (dpa/bb) - Jan Redmann bleibt CDU-Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag. Der 41-Jährige erhielt am Mittwoch bei der turnusmäßigen Wahl 13 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung, das entspricht einer Zustimmung von rund 93 Prozent, wenn die Enthaltungen nicht eingerechnet werden.

Redmann betonte den Zusammenhalt der insgesamt 15 Abgeordneten: "Nach einem holprigen Start ist die Fraktion zu einem guten Team zusammengewachsen", sagte er laut Mitteilung. "Die Wahlergebnisse sind Ausdruck davon. Gemeinsam werden wir die Handschrift der CDU in der Kenia-Koalition deutlich sichtbar machen."

Im Januar war Redmann beim Online-Parteitag der CDU in den Bundesvorstand gewählt worden. Er hatte die Leitung der Landtags-CDU im September 2019 in einer Krise der Partei kurz nach der Landtagswahl übernommen und wurde einstimmig gewählt. Damals war Ingo Senftleben wegen eines Machtkampfes zwischen



dem konservativen und dem liberalen Flügel als Landeschef zurückgetreten und als Fraktionschef nicht mehr angetreten. Die CDU stürzte bei der Landtagswahl auf 15,6 Prozent ab nach 23 Prozent im Jahr 2014.

Als Parlamentarischen Geschäftsführer bestätigte die Fraktion am Mittwoch im Rahmen einer Klausurtagung mit 14 Ja-Stimmen Steeven Bretz. Die bisherigen Stellvertreter bleiben ebenfalls im Amt: Danny Eichelbaum erhielt 13 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung, Frank Bommert 12 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung, Kristy Augustin 11 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen und Björn Lakemacher 11 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen. Justiziar bleibt André Schaller.

Quelle: <https://www.rtl.de/cms/brandenburg-cdu-fraktion-bestaetigt-jan-redmann-an-spitze-4715315.html?outputType=amp>, 03.03.2021

Ringer-Verband hat den Vorsitz - Athletinnen und Athleten sind heiß auf die Wettkämpfe

Der Ringer-Verband Brandenburg hat in diesem Jahr den Vorsitz der Zweckgemeinschaft Ringen in Mitteldeutschland. Diese Vereinigung wurde bereits 1992 von den Landesorganisationen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gegründet, mit dem Hintergrund, für die Athleten dieser weiterhin eigenständig agierenden Verbände erweiterte Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten zu schaffen. Die Einzel-Wettkämpfe der Zweckgemeinschaft Ringen in Mitteldeutschland wurden ‚offen‘ ausgetragen, so kamen auch zahlreiche Ringer aus den benachbarten Landesverbänden hinzu, darunter auch die Athleten aus den starken brandenburgischen Leistungszentren Frankfurt(O.) und Luckenwalde.

Das bewog die Verantwortlichen des Zweckverbandes, 2002 den Ringer- Verband Brandenburg in den Kreis aufzunehmen. 2018 kam dann auch der Landesverband Berlin dazu und komplettierte die Fünferriege. Das Aushängeschild der Zweckgemeinschaft ist die Regionalliga Mitteldeutschland, die derzeit als zweithöchste Kampfklasse unter der der Bundesliga gilt. Mit dem 1. Luckenwalder SC, der KG Frankfurt (O.) /Eisenhüttenstadt und dem RC Germania Potsdam sind gleich drei Mannschaften aus Brandenburg vertreten.

Nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hatte Berlin im Vorjahr die Zügel in der Hand, der Präsident des Berliner Verbandes Sascha Förster übergab diese dann im Januar 2021 an Danny Eichelbaum, der in den kommenden Monaten den jährlich wechselnden Vorsitz innehat.

"Unsere Aufgabe ist es, mit unseren Partnern in den Verbänden und der Politik so schnell, wie möglich, das Ringen wieder in unseren Vereinen zu ermöglichen. Unsere Athletinnen und Athleten sind heiß auf die regionalen, nationalen und internationalen Wettkämpfe in diesem Jahr, dafür sind unsere Verbände und Vereine in Mitteldeutschland gut vorbereitet", hofft Danny Eichelbaum. red/jr

Quelle: *Blickpunkt Brandenburg online*, 05.02.2021 <https://www.blickpunkt-brandenburg.de/nachrichten/dahme-spreewald/artikel/76107/Ringer-Verband+hat+den+Vorsitz/>

Auf Hetzreden folgt Gewalt

Generalstaatsanwalt bekommt einen Beauftragten zur Bekämpfung der Hasskriminalität

»Wir müssen leider feststellen, dass Hass und Hetze in unserem Land zugenommen haben. Es braut sich was zusammen im Internet«, sagt der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU). Das Parlament beschloss deshalb am Donnerstagabend, dass es bei Generalstaatsanwalt Andreas Behm einen Beauftragten zur Bekämpfung der Hasskriminalität geben soll. Der Beauftragte soll koordinieren und beraten. Für den Antrag der Koalitionsfraktionen SPD, CDU und Grüne stimmten auch die Freien Wähler. Die AfD stimmte dagegen, die Linke enthielt sich.

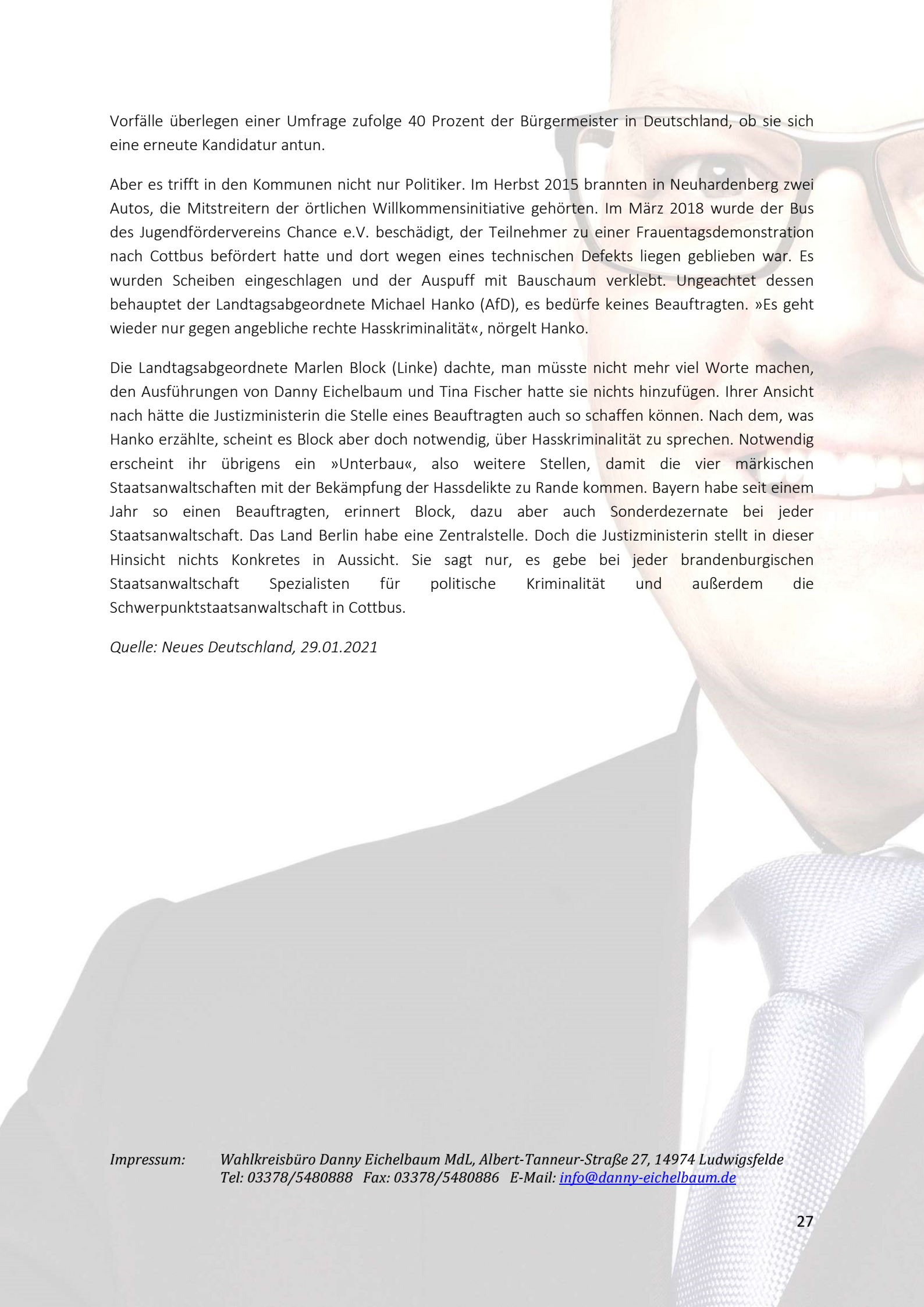
Bereits im Juni vergangenen Jahres hat der Bundestag ein Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität verabschiedet. Es gibt allerdings verfassungsrechtliche Bedenken. Denn soziale Netzwerke sollen Nazi-propaganda und Morddrohungen künftig nicht nur löschen, sondern auch dem Bundeskriminalamt melden. Das kollidiert mit dem Schutz von Bestandsdaten. Darum hat Bundespräsident Frank Walter Steinmeier das Gesetz nicht unterzeichnet. Es wird an einem Reparaturgesetz gearbeitet.

Wenn es kommt, wird für Brandenburg mit jährlich 6.000 Verfahren gerechnet. »Das kann die für Internetkriminalität zuständige Staatsanwaltschaft in Cottbus nicht alleine stemmen«, sagte Generalstaatsanwalt Behm vor einigen Tagen dem »Tagesspiegel«. Man habe eine Beauftragte gegen Hasskriminalität im Netz installiert.

Diese Nachricht verwirrt die Landtagsabgeordnete Marlen Block (Linke). Wenn es bereits eine Beauftragte gebe, warum dann noch der Antrag, will sie wissen. Nach Auskunft von Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) handelt es sich um ein Missverständnis. Die Beauftragte gegen Hasskriminalität im Internet sei nicht zu verwechseln mit dem Beauftragten für Hasskriminalität - der sich zwar auch um Delikte kümmern soll, deren Tatort die sozialen Medien sind, aber nicht ausschließlich. Er sei genauso für Körperverletzungen und andere Fälle in der realen Welt zuständig.

Der CDU-Abgeordnete Eichelbaum gesteht zu, die Demokratie lebe davon, dass in der politischen Auseinandersetzung auch mal harte Worte fallen. Politiker müssten es aushalten, wenn es persönlich wird. Die Grenze sei allerdings überschritten, wenn beleidigt und bedroht wird. Das seien Straftaten. »Hass bleibt Hass - egal, ob auf der Straße oder im Internet«, findet die Abgeordnete Tina Fischer (SPD). Und der Abgeordnete Péter Vida (Freie Wähler) weiß: »Auf eine zügellose sprachliche Gewalt folgt nicht selten körperliche Gewalt.«

In der realen Welt geschehen viele schlimme Dinge. Wie weit das gehen kann, illustriert der CDU-Abgeordnete Eichelbaum an der leider notwendigen Empfehlung, Kommunalpolitiker sollten nicht einfach ins Auto steigen und losfahren, sondern zunächst einmal um das Fahrzeug gehen und überprüfen, ob nicht die Reifen zerstoßen oder die Radmuttern gelöst sind. In welcher Gefahr bestimmte Bürgermeister, Kreistagsabgeordnete oder auch Gemeindevertreter schweben, zeigte sich beispielsweise im Oktober vergangenen Jahres, als das Auto von Neuruppins Bürgermeister Jens-Peter Golde (Pro Ruppiner) angezündet wurde. Im August hatten Unbekannte das Auto der Cottbuser Stadtverordneten Barbara Domke (Grüne) demoliert. Im Februar 2016 wurde in Nauen ein Brandanschlag auf das Auto von Thomas Lück und seiner Frau Susanne Schwanke-Lück verübt. Er war damals Ortsvorsitzender der Linkspartei, sie war Kreisvorsitzende. Angesichts solcher und ähnlicher



Vorfälle überlegen einer Umfrage zufolge 40 Prozent der Bürgermeister in Deutschland, ob sie sich eine erneute Kandidatur antun.

Aber es trifft in den Kommunen nicht nur Politiker. Im Herbst 2015 brannten in Neuhardenberg zwei Autos, die Mitstreitern der örtlichen Willkommensinitiative gehörten. Im März 2018 wurde der Bus des Jugendfördervereins Chance e.V. beschädigt, der Teilnehmer zu einer Frauentagsdemonstration nach Cottbus befördert hatte und dort wegen eines technischen Defekts liegen geblieben war. Es wurden Scheiben eingeschlagen und der Auspuff mit Bauschaum verklebt. Ungeachtet dessen behauptet der Landtagsabgeordnete Michael Hanko (AfD), es bedürfe keines Beauftragten. »Es geht wieder nur gegen angebliche rechte Hasskriminalität«, nörgelt Hanko.

Die Landtagsabgeordnete Marlen Block (Linke) dachte, man müsste nicht mehr viel Worte machen, den Ausführungen von Danny Eichelbaum und Tina Fischer hatte sie nichts hinzufügen. Ihrer Ansicht nach hätte die Justizministerin die Stelle eines Beauftragten auch so schaffen können. Nach dem, was Hanko erzählte, scheint es Block aber doch notwendig, über Hasskriminalität zu sprechen. Notwendig erscheint ihr übrigens ein »Unterbau«, also weitere Stellen, damit die vier märkischen Staatsanwaltschaften mit der Bekämpfung der Hassdelikte zu Rande kommen. Bayern habe seit einem Jahr so einen Beauftragten, erinnert Block, dazu aber auch Sonderdezernate bei jeder Staatsanwaltschaft. Das Land Berlin habe eine Zentralstelle. Doch die Justizministerin stellt in dieser Hinsicht nichts Konkretes in Aussicht. Sie sagt nur, es gebe bei jeder brandenburgischen Staatsanwaltschaft Spezialisten für politische Kriminalität und außerdem die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Cottbus.

Quelle: Neues Deutschland, 29.01.2021